



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Boztausend, Fintje, du hast Recht, Kind, zum Bouchenellekeller müssen wir unbedingt.

Mit vereinten Kräften rüttelten sie nun den schlafenden Alten wach.

Zesse, altes Murmeltier, auf! Heute Nacht kannst du noch lange schlafen, wir sind auf der Kirmeß, Zesse! Vergnügen wollen wir uns! Vorwärts, komm!

Schlaftrunken wankte Zesse zwischen dem Freund und dem vorwärtsdrängenden kleinen Mädchen nach Papa Toones berühmtem Keller.

Hier erst wurde er ganz wach, denn Tacke schlug ihn in seiner Begeisterung unausgesetzt aufs Knie.

Da schau, Alter, so was hast du in deinem Leben noch nicht gesehen. Da, die große Marionette im roten Mantel, das ist Julius Cäsar. Sieh, wie der andre da mit den Armen fuchtelst, das ist der Bösewicht! Teufel auch, nun packt der die kleine Schäferin! Da soll doch gleich! Nein in den Brunnen, recht so!

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Der Schluß des alten Jahres hat unser politisches Leben um den „preussischen sozialdemokratischen Parteitag“ — eigentlich *contradictio in adjecto* — bereichert. Bereichert insofern, als die Sozialdemokratie damit bekundet, daß sie in dem preussischen Staate den eigentlichen Kern des Widerstandes gegen ihre Bestrebungen sieht, und daß sie nunmehr der Zeitpunkt für gekommen erachtet, den Stier bei den Hörnern zu fassen. Nirgends in Deutschland ist die auf konservativer Grundlage beruhende und doch zugleich in der Kultur fortschrittliche Betätigung der Staatsgewalt so stark wie in Preußen, und die Sozialdemokratie hat deshalb völlig Recht in der Annahme, daß ihr Sieg — oder ihre Niederlage — in Preußen erfochten werden muß. Die Sozialdemokratie und die an diese angrenzende freisinnige usw. Linke lieben es, Preußen als den „Junkerstaat“ *par excellence* hinzustellen, während doch tatsächlich die Grundlagen der preussischen Staatsordnung auf der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung beruhen. Wer freilich das Heil aller Dinge in dem allgemeinen Stimmrecht oder, wie die berühmte Phrase lautet, „in der Gleichheit alles dessen, was Menschenangeficht trägt,“ sucht, wird diesen Grundlagen gegenüber nicht auf seine Rechnung kommen. Die Gesetzgebung jener Zeit der Wiedergeburt Preußens war eine höchst praktische, auf die Bedürfnisse des niedergetretenen und sich nur mühsam wieder aufrichtenden Staats zugeschnitten, dem bei dem fortgesetzten *saigner à blanc*, das Napoleon gegen uns in Anwendung brachte, alle materiellen Mittel fehlten, und der deshalb mit dem Pfennig rechnen lernte. Es wurde das den damaligen preussischen Staatsmännern nicht so schwer, weil die sparsame Tradition Friedrich Wilhelms des Ersten in der Verwaltung noch nicht erloschen war. Gute Ausfaat in die Zukunft zu streuen, dazu hatte dieser König immer Geld übrig. Eine der besten Kapitalanlagen, die der preussische Staat je gemacht hat, waren die mehr als anderthalb Millionen Taler, die Friedrich Wilhelm für die Aufnahme der vertriebenen 30 000 Salzburger Protestanten und für ihre Ansiedlung bei Memel und Tilsit ausgegeben hatte. Das war innere Kolonisation im großen Stile. Was will dagegen die mühsam betriebene heutige Ansiedlung in Westpreußen und Posen sagen, die außerdem nur eine Verschiebung der Bevölkerung in Deutschland ist und deshalb in den deutschen Bundesstaaten außerhalb Preußens keineswegs mit freundlichen Augen angesehen wird. Trotzdem müssen wir uns damit behelfen.

Was wir an Deutschen mit großer Mühe und großen Mitteln in den ehemals polnischen Landesteilen ansiedeln, wird obendrein zum nicht geringen Teile wieder aufgewogen durch die Polonisierung des Westens. Diese nimmt in einer Weise zu, daß bei dem nebenhergehenden Wachstum und der materiellen Konsolidierung der polnischen Agitation eine im Westen Deutschlands vordringende feindliche Armee in diesen dem preußischen Staatsgedanken mehr oder minder entfremdeten polnischen Massen wichtige Stützpunkte und Hilfskräfte, Spione usw. zur Genüge finden würde. Auch die Industrie des Westens dürfte inzwischen von ihrer frühern Annahme, daß die polnischen Arbeitermassen „ein Jungbrunnen an Arbeitskräften gegenüber der sozialdemokratischen Verheerung der eingebornen Arbeiterbevölkerung“ wären, längst zurückgekommen sein. Das sind zwei Kompagnien, die getrennt marschieren und vereint schlagen, die beide dasselbe Ziel haben.

Es ist eine sehr seltsame Erscheinung, daß im Osten, Oberschlesien eingeschlossen, der Großgrundbesitz erklärt, ohne die polnischen Arbeiter, d. h. ohne die Einwanderung aus Galizien und aus Polen nicht bestehen zu können, und daß im Westen die Industrie derselben Anschauung in bezug auf ihre eigne Existenzfähigkeit ist, obwohl dieser polnisch-galizische Zuzug eine schwere Gefahr für den Staat bedeutet. Auf diesem Zuzug beruht die fortschreitende Polonisierung Oberschlesiens und die Etablierung starker polnischer Kolonien in Berlin — wo es bekanntlich „polnische Turnvereine“ gibt, in denen der Haß gegen das Deutsche und der polnische Zukunftsstaat systematisch gepflegt werden — und bis nach Krefeld usw. hin, wo wir längst „polnische Kriegervereine“ bei festlichen Gelegenheiten aufziehen sehen. Wenn die östliche Landwirtschaft und die westliche Industrie ohne den polnischen Zuzug nicht auskommen können, so muß man doch erstaunt fragen: Wo bleibt denn eigentlich der jährliche Zuwachs von einer Million Menschen, den wir in Deutschland haben, und der zu dem auch von der Staatspolitik anerkannten und übernommenen Lehrsatz geführt hat, daß wir „entweder Waren oder Menschen“ exportieren müssen? In zwanzig Jahren, also Anno 1925, wird das Deutsche Reich mindestens achtzig Millionen Menschen haben. Man sollte doch meinen, daß wir schon jetzt, bei sechzig Millionen, eines polnischen Zuzugs nicht bedürfen, wie das ja auch die fortschreitenden Organisationen zugunsten der „Arbeitslosen“ zur Genüge bekunden. Während auf dem Lande die Kräfte fehlen und fortwährend durch polnischen Zuzug ersetzt werden müssen, sammeln sich in den Städten die Arbeitslosen, ihre Zahl wird um so größer werden, je mehr die Fürsorge zunimmt, die man ihnen angedeihen läßt.

Es handelt sich also doch offenbar um eine richtigere Verteilung der Bevölkerung und um die dazu nötigen Maßnahmen. Sehr viel kann die Militärverwaltung beitragen, die alljährlich eine Viertelmillion Menschen zum überwiegenden Teil aus der Landbevölkerung in die Städte ruft, ohne sie ihr nachher zurückzugeben. Es müßte Anordnung getroffen werden, daß jeder Soldat, der bei seiner Entlassung nicht in glaubhafter Weise nachweisen kann, daß er in seiner Garnisonstadt eine Stellung gefunden hat, dienstlich dorthin zurückbefördert wird, von wo aus er in die Armee eingetreten ist. Die heimatischen Kriegervereine könnten in dieser Hinsicht sehr viel Nutzen stiften, wenn sie rechtzeitig durch die Bezirkskommandos, und diese von den Truppenteilen, das Verzeichnis der zur Entlassung kommenden Mannschaften unter Angabe des bürgerlichen Berufes erhielten mit der Aufgabe, für diese Leute eine Stellung zum Entlassungstermin zu vermitteln. Selbstverständlich wird das nicht immer glücken. Aber wenn man in Betracht zieht, daß infolge der Kapitulationen usw. weniger Mannschaften zur Entlassung als fast zu derselben Zeit zur Einstellung gelangen, so müßte doch die Annahme zutreffen, daß für jeden entlassenen Mann der Platz eines zur Einstellung kommenden frei wird. Dies ist auch der Fall, aber der Umstand wirkt erschwerend, daß aus Sparsamkeits- und andern Gründen der Zwischenraum zwischen der Entlassung und dem Eintritt des folgenden Jahrgangs viel zu groß ist. Die Infanterie-

reserven sollten nicht sofort nach der Rückkehr aus dem Manöver, sondern erst Ende September entlassen werden, die Einstellung der Rekruten spätestens am Schlusse der ersten Oktoberwoche geschehen, sodas der Zwischenraum höchstens vierzehn Tage betrage. Gewiß brauchen Offiziere und Unteroffiziere vor der Einstellung der Rekruten eine Erholungspause. Diese ließe sich aber durch strenge und unweigerlich zu beachtende Vorschriften regeln, daneben müßte freilich dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Offiziere und der Unteroffiziere eine so auskömmliche wäre, daß diese Erholungspause mit dem dienstlichen Interesse in Einklang stünde. Nun höre ich zwar manchen Kompagniechef beim Lesen dieser Zeilen ausrufen: „Um Gottes willen, was soll ich während der letzten vierzehn Tage nach dem Manöver mit den Kerls anfangen?“ Diese Frage ließe sich leichter beantworten, wenn man nicht vom Manöverfelde in die Kasernen, sondern — soweit angängig — auf die Schießplätze und in die Übungslager rückte, wo die Offiziere ihre Leute doch noch anders in der Hand haben als bei der Bummelrei in den Straßen der Städte. Es ist gar kein Grund vorhanden, weshalb z. B. nicht ein Teil jedes Armeekorps seine Übung im Scharfschießen nach dem Manöver abhalten kann, statt vorher. Wird die Reserve bei den Fußtruppen überall erst am 22./23. September entlassen, und geschieht die Einstellung der Rekruten am 7./8. Oktober, so werden die Entlassenen in der Heimat auch Arbeitsgelegenheit finden, und ein großer Teil wird zur Landwirtschaft zurückkehren, anstatt in der Stadt Hausknecht, Diener oder Geschäftsbote zu werden. Der Einwand, daß es nicht zulässig sei, die Leute wider Willen in ihre Heimat zu befördern, ist hinfällig. So gut wie man sie wider Willen zum Eintritt zwingt, auch in Garnisonen oder Truppenteilen, die ihnen nicht gefallen, so kann man sie auch wider Willen — selbstverständlich kostenfrei — der Heimat, dem Boden, auf dem sie erwachsen sind, zurückgeben. Wer dort nicht bleiben will, mag es dann auf eigne Kosten ausführen. Wenn aber die Kriegervereine rechtzeitig in ihren Bezirken bekannt gäben: wir haben zum 1. Oktober so und so viel Entlassene folgender Berufsbranche unterzubringen, so würde das in sehr vielen Fällen, wenn nicht in der großen Mehrzahl, von gutem Erfolge sein. Die Kriegervereine könnten in dieser Beziehung eine recht wesentliche und nützliche Tätigkeit entfalten, sie würden sich dadurch auch der Mitgliedschaft der jungen Reservisten viel leichter verschern.

Wie die Verhältnisse im lieben Deutschland nun einmal liegen, wird ohne eine genaue Regelung eines solchen Vermittlungsdienstes „von oben“ in manchen Gegenden des Vaterlandes nichts erreicht werden können, nur einzelne Kriegervereine entwickeln schon jetzt eine lobenswerte Tätigkeit. Aber mit Hilfe der Kette: Regiment, Bezirkskommando, Kriegerverein — wird sich die Rückleitung eines größern Bruchteils der ländlichen Dienstpflichtigen in die Heimat leicht erreichen lassen. Man könnte noch weiter gehn und anordnen, daß jedes Landwehrbezirkskommando den Kriegervereinen schon beim Eintritt der jungen Mannschaft das Verzeichnis der Leute zustellt. In den größern Städten mit einer mehr oder minder großen Zahl von Krieger- und Regimentsvereinen müßten diese auf Veranlassung der Polizeibehörde oder des Zentralvorstandes eine Zentralstelle für diesen Zweck bilden, was ebenfalls keinen ernstern Schwierigkeiten unterliegen kann. Es würde auf diesem Wege der doppelte Zweck erreicht, die Kriegervereine in einen nützlichen Zusammenhang mit der Bevölkerung und mit der Armee zugleich zu setzen, und es würde damit in mancher Hinsicht eine vorhandne Lücke ausgefüllt werden. Die Sozialdemokratie wird freilich darüber Feuer schreien, aber damit wäre nur die Nichtigkeit des Vorschlags erwiesen.

Je mehr die Sozialdemokratie die Axt an die Wurzeln unsers staatlichen Daseins legt, desto mehr wächst die Verpflichtung des Staates zu Gegenmaßnahmen, und da man sich zu scharf einschneidenden, die uns die angebliche Dreimillionenpartei erspart hätten, nicht entschließen will, so sollte wenigstens nichts unversucht bleiben, was innerhalb der gesetzlichen Befugnisse liegt. Und dazu gehört unzweifelhaft das

Recht und die Pflicht der Armee, den entlassenen Mann dahin abzuliefern, von wo sie ihn übernommen hat, wenn er inzwischen nicht anderweitig versorgt ist. Es ist doch nichts Geringes, wenn in jedem September 250 000 Mann aus dem Heere in den bürgerlichen Beruf zurücktreten und von den Truppen einfach auf die Straße gesetzt werden, die sich dieser Leute nur zu bereitwillig annimmt. Selbstverständlich bliebe der Entlassene bis zur Entlassung am Ziele des Transportzuges „im Dienst,“ und diese Transportzüge könnten mit Hilfe der Heimatsbehörden vielleicht auch noch auf weitere Strecken durchgeführt werden. Auch für die Sicherung der Disziplin auf diesen Zügen gäbe es wohl noch manche einfache Mittel, z. B. Untersagen des Aufrollens der Achselklappen während der Dauer des dienstlichen Transports, Bahnhofswachen an allen größeren Stationen und eine Zugwache im Zuge wie bei allen Militärtransporten. Doch — in dieser Hinsicht bedarf die Armee keines Rates.

Der „preussische sozialdemokratische Parteitag“ hat seine Absichten hauptsächlich auf die Revolutionierung der ländlichen Arbeitermassen, auf die Revolutionierung der Eisenbahnangestellten und =arbeiter, und auf die Schule gerichtet. (Beseitigung des Religionsunterrichts und des patriotischen Lesestoffs aus den Schulbüchern.) Die Sozialdemokratie schickt sich damit an, die feste Burg des preussischen Staates regelrecht zu belagern, und man soll es nicht unterschätzen, was auch auf diesem Gebiete die Initiative und die Offensive bedeuten. Es gibt ja Leute, die in allem solchen Vorgehn der Sozialdemokratie immer nur den Beweis finden wollen, daß diese auf dem besten Wege sei, sich zu einer „großen Reformpartei“ zu entwickeln. Eine „große Reformpartei“ war der französische Nationalkonvent seinerzeit auch, ja er hatte sogar dem Auslande gegenüber noch ein starkes französisches Nationalgefühl, das unsrer deutschen Sozialdemokratie, wenigstens nach dem Katechismus ihrer Führer, vollständig abgeht. Seit vierzehn Jahren ist die Sozialdemokratie unstreitig in stetem Vordringen begriffen, wir verspüren den von ihr ausgehenden Hauch deutlich genug in der gesamten Reichsgesetzgebung. Hoffentlich nimmt Preußen den Kampf auf, den sich der Reichstag versagt.

g

Elsässischer Sprachwitz. Der längere Zeit unterbrochne Druck des Wörterbuchs der Elsässischen Mundarten, das E. Martin und H. Lienhart im Auftrage der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen herausgeben (Straßburg, Trübner), wird jetzt fortgesetzt, und die Herausgeber hoffen ihn, nachdem sich die Erweiterung des Umfangs auf das Doppelte nötig erwiesen hat, nun rasch zu Ende führen zu können. Ein neuerdings erschienenenes Heft des Werkes*) behandelt den größten Teil der mit B und P anfangenden Wörter zusammen, da diese beiden Anlaute, der eine schwach und stimmlos wie der andre, im Elsaß fast nirgends unterschieden werden. Wir notieren daraus aufs Geratewohl für unsre Leser ein paar unfreiwillige und freiwillige Sprachwitze, die vielleicht auch ihnen Spaß machen. Das bekannte, im Elsaß natürlich erst recht verbreitete *Passé-le-temps* zerlegt die elsässische Dorfetymologie nicht übel in die beiden Wörter „Wosseln und Dank“: *Uf Wossel und Dank* — zum bloßen Zeitvertreib, für nichts und wieder nichts. Von einem scheinheiligen Väter, der immer vor den Heiligenbildern hockt, sagt man anschaulich: *Ma meint, er will alle Heilige d' Füëß abbeten*. Bleibt ein Besuch bis spät in die Nacht hinein da, so bemerkt die Hausfrau ruhig zu ihrem Mann: *Ja, mr men (wollen) ins Bett ge, daß die Bit (Leute) heim könne, suß halte mr sie noch lang uf!* In Dunzenhausen wird erzählt: Ein Bauer goß sein Glas immer bis an den Rand voll und rief dann stets: *Buz!* (d. i. *Boß!*), da sagte einmal der Knecht, dessen Glas er nur zu drei Vierteln füllte: *Bur, gebet mr au Buz!* Zu allerlei Scherzausdrücken dienen Birne und Pflaume. Schollebirne heißt zunächst eine große, harte Spätbirne, dann aber auch die nackte Ferse, die aus dem zer-

*) Soeben folgt ein zweites, das den Schluß von B=P, das ganze R und den Anfang von S bringt.

riffenen Strumpfe herausguckt. Pflaumen sind u. a. Schläge, ähnlich wie anderwärts Kopfnüsse oder Ohrfeigen verabreicht werden, und wie im Elsaß eine Kopfnuß auch eine Holzbirne oder Klobbirne heißt; aber auch ein Schnapsklump heißt eine Pflaume und eine Person, die im Spital wohnt, eine Spitalpflum.

Noch etwas zum Vaterunser. An dem Tage, wo ich in den Grenzboten die Bemerkung über das Vaterunser las, hatte ich eine kleine interessante Schrift gekauft, in der ein Grieche, S. Apostolides, das Vaterunser in hundert verschiedenen Sprachen zum Besten der sich in Griechenland aufhaltenden kretischen Flüchtlinge zusammengestellt hatte. Die Schrift, gedruckt und veröffentlicht bei W. M. Watts in London, hat einen englischen und einen französischen Titel; die Vorrede und die Widmung an den König und die Königin der Hellenen sind ebenfalls in beiden Sprachen, aber das Deutsche wird in unverantwortlicher Weise mißhandelt. So heißt es dort „Unser,“ „Himmel,“ „Dein Wille,“ „unsere Schuld als wie vergeben unsere Schuldigen“; „Versüchung“ (Kürzzeichen über dem u), „Heerlichkeit in Endigkeit.“ Auch das Lateinische ist nicht fehlerfrei (nomem). Woher er das Vaterunser auf „Swiss“ hat, wäre der Untersuchung wert. Es heißt: „Vatter Unser, der du bist inn Himmeln, Geheilget werd dijn Nam; Quo kumm uns diju Nijch; Gschächi dijn will, wie im Himmel, also ouch uff Erden; Geb uns hüt unser teglich Brot; Und fergeb uns unser Schülben, als ouch wir fergend unsern schuldnere; Und für uns nit in Tersuochung (Versüchniß) sunder erlöß uns fomm Ubel. Das-si.“ Was dies „Das-si“ sein mag? Vielleicht: „Das sei es?“

Von den hundert Sprachen dieser Zusammenstellung sind einundvierzig mit lateinischer, zehn mit deutscher Schrift gedruckt, die übrigen in ihren eignen Schriftzeichen.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Forman
gegen
Schnupfen
DOSE 30 Pfg

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfenmittel bezeichnet. — Wirkung frappant. — In allen Apotheken.